

Haushaltsrede 2026 FWV-Fraktion – Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Winter,
verehrte Frau Erste Beigeordnete Akdeniz,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Oberndorf,

wenn wir heute über die Verabschiedung des Haushalts der Stadt Oberndorf für 2026 sprechen, dann sprechen wir nicht über abstrakte Zahlenkolonnen oder trockene Buchhaltung auf mehr als 600 Seiten. Wir sprechen über die Lebensqualität unserer Stadt und darüber

- was wir uns leisten können
- was wir leisten müssen
- und was wir uns vielleicht künftig anders leisten sollten.

Der Haushaltplan ist das Spiegelbild unserer kommunalen Verantwortung:

Er zeigt uns, wo Herausforderungen größer werden, wo Chancen entstehen und wie belastbar unsere Strukturen tatsächlich sind.

Dieser Haushalt zwingt uns aber auch, sich ehrlich zu machen. Er zwingt uns zur Priorisierung. Und er zwingt uns zu strukturellen Entscheidungen, die wir vielleicht schon vor Jahren hätten treffen sollen.

Und er macht deutlich, dass wir uns – wie so viele Städte in Baden-Württemberg – in einem Spannungsfeld befinden, von steigenden Kosten, verpflichtenden Aufgaben und gleichzeitig dem Anspruch, Oberndorf attraktiv und lebenswert zu halten.

Gerade deshalb ist es uns Freien Wählern wichtig, von Beginn an offen anzusprechen, worum es im kommenden Jahr wirklich geht:

- um einen genehmigungsfähigen Haushalt, der unter schwierigen Rahmenbedingungen steht
- um sehr große Ausgaben, während die Spielräume kleiner werden
- und um große Entscheidungen, die nicht immer einfach sind, die aber getroffen werden müssen – verantwortungsvoll, nachhaltig und mit Blick auf das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir stehen heute also nicht nur vor der Frage, wie wir Geld ausgeben, sondern vor der Frage, wofür wir stehen: für solide Finanzen, für kluge Prioritäten und für Investitionen, die unsere Stadt in die Zukunft tragen.

Hierbei nimmt unserer Kämmerei eine besondere Rolle ein. Sie sorgt dafür, dass die Stadt jederzeit zahlungsfähig bleibt und ihre Mittel rechtssicher, effizient und strategisch einsetzt.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang Ihnen, sehr geehrter Herr Weber, anlässlich Ihres Eintritts in den Ruhestand, für die langjährigen Dienste um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt recht herzlich zu danken.

Sie haben das Finanzressort über viele Jahre geleitet und können Ihrer Nachfolgerin ein gutes Team und eine geordnete Lage übergeben.

Daher nochmals ein herzliches Dankeschön!

Ihnen, sehr geehrte Frau Gutierrez, gratuliere ich im Namen der Freien Wähler zu Ihrer Ernennung als Kämmerin unserer Stadt.

Sie werden von nun an mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren Haushalt planen, aufstellen, überwachen und zu guter Letzt abrechnen.

Dazu wünschen wir eine glückliche Hand, überzeugende Argumente und natürlich auch Geduld und das entsprechende Durchhaltevermögen.

Zurück zur aktuellen Haushaltssituation:

Mit der Einführung des doppelten Rechnungswesens sollten Transparenz und Nachhaltigkeit gestärkt werden. In der Praxis zeigt sich jedoch: Die strikte Anwendung der Doppik schränkt die kommunale Handlungsfähigkeit erheblich ein.

Seit der Übernahme im Jahr 2018 steht der zwingende Erhalt des kommunalen Vermögens im Mittelpunkt des Ergebnishaushalts.

Investitionen belasten die Kommunen dabei doppelt: Sie müssen finanziert werden und lösen zeitgleich dauerhafte Abschreibungsverpflichtungen im Ergebnishaushalt aus. Selbst sinnvoll und solide finanzierte Maßnahmen erzeugen so strukturelle Defizite.

Der notwendige Haushaltsausgleich gerät damit in direkten Konflikt mit dringend benötigten Investitionen.

Oder einfacher gesagt: Wer jeden Euro Wertverlust sofort ausgleichen muss, dem bleibt kaum Spielraum für Fortschritt. So schützen wir zwar unser Vermögen – verhindern aber oft die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund gilt für uns Freie Wähler: Nicht alles Wünschenswerte ist derzeit finanzierbar. Deshalb setzen wir klare Prioritäten bei dem, was den Alltag der Menschen unmittelbar betrifft:

- funktionsfähige Schulen und Kitas
- verlässliche Infrastruktur – wie Straßen und Brücken
- eine leistungsfähige Verwaltung
- Sicherheit und Ordnung
- sowie die Unterstützung des sozialen und ehrenamtlichen Lebens.
-

Diese Aufgaben kosten Geld – im laufenden Betrieb wie bei Investitionen. Wichtig ist uns dabei: Diese Last wälzen wir nicht auf die Bürgerinnen und Bürger oder die heimische Wirtschaft ab, die uns in dieser Hinsicht eine große Stütze ist.

Daher die gute Botschaft: Gewerbesteuer, Grundsteuer sowie Wasser- und Abwassergebühren bleiben damit auf unverändertem Niveau.

Haushaltspolitisch stehen wir in Oberndorf vergleichsweise gut da. Das liegt maßgeblich an unserem stabilen und leistungsfähigen Wirtschaftsstandort, der uns seit Jahren verlässliche und überdurchschnittliche Gewerbesteuereinnahmen sichert.

Diese Stabilität ist die Grundlage unserer finanziellen Handlungsfähigkeit. Unsere Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung tragen damit nicht nur zur Finanzierung unseres Haushalts bei, sondern sichern Arbeitsplätze, Perspektiven und sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist diese Verlässlichkeit keine Selbstverständlichkeit.

Vor diesem Hintergrund wäre eine Erhöhung der Gewerbesteuer weder notwendig noch verantwortungsvoll. Nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet, bewährte Einnahmequellen zu sichern – nicht, sie durch zusätzliche Belastungen zu gefährden.

Deshalb gilt am Ende ein ausdrücklicher Dank unseren Unternehmen und deren Beschäftigten: für ihre Leistungsbereitschaft, ihre Standorttreue und ihren entscheidenden Beitrag zur Stabilität unseres Haushalts und zum Zusammenhalt in Oberndorf.

Doch nun zu unserer eigenen Verantwortung:

Der Finanzierungsrahmen des vorliegenden Ergebnishaushalts zeigt deutlich die angespannte Lage. Trotz Rekordeinnahmen von 53,9 Mio. € verfehlt Oberndorf den notwendigen Haushaltsausgleich um 4,2 Mio. €.

Für den laufenden Betrieb und dessen Unterhaltung werden nämlich 58,1 Mio. € benötigt. Ursachen sind unter anderem Inflation, steigende Abschreibungen, hohe Tarifabschlüsse, Energiepreise und immer neue Pflichtaufgaben.

Wegducken ist für uns keine Option.

Ein Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung: Da zwei neue Kitas in kurzer Zeit nicht finanzierbar waren, haben wir auf dem Lindenhof mit einem externen Träger neue Wege beschritten. So konnten 145 dringend benötigte Betreuungsplätze geschaffen werden. Die fortan jährlichen Kosten von rund 1,6 Mio. € belasten zwar den Ergebnishaushalt, sind aber im Hinblick auf die Kapazität ein Gewinn.

Die neue Kita-Einrichtung in Bochingen, die eine Erweiterung um 42 Plätze erfährt, wurde im Gegensatz zur WABE e.V. konservativ über den investiven Haushalt finanziert. Die Herstellungskosten des Neubaus belaufen sich hierbei auf ca. 4,4 Mio. €.

Der Altbau muss zusätzlich saniert werden.

Auch in der Verwaltung haben wir Verantwortung übernommen. Nach über 30 Jahren ohne Organisationsuntersuchung war eine Neuausrichtung sowie eine damit verbundene Verstärkung überfällig.

Auf Grundlage einer externen Analyse wurden Strukturen angepasst und personell gezielt um 10 Vollzeitstellen verstärkt. Der Personalaufwand steigt neben den tariflichen Erhöhungen dadurch auf 15,6 Mio. Euro.

Wir stehen dazu: Diese personelle Ausstattung ist notwendig, um die Aufgaben der Zukunft besser und effizienter zu bewältigen.

Gleichzeitig wissen wir:

Vieles in Oberndorf funktioniert nur durch ehrenamtliches Engagement. Deshalb werden die Vereine und ähnliche gemeinnützige Organisationen mit insgesamt 412.000 € unterstützt. Ein herzliches Dankeschön an alle, die sich einbringen.

Im Ergebnishaushalt 2026 sind auch notwendige Ersatzbeschaffungen des beweglichen Vermögens vorgesehen, die keinen Aufschub dulden:

Zwei neue Löschfahrzeuge für die Feuerwehrrabteilungen in Aistaig und in der Kernstadt sowie ein Traktor mit Geräteträger für den Werkhof schlagen mit rund 1 Mio. € zu Buche.

Unser Ziel ist klar: Wir warten nicht ab – wir handeln. Mit Augenmaß, Verantwortung und klaren Prioritäten für die Menschen in Oberndorf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
noch deutlicher wird der Ernst der Lage im Finanzhaushalt, welcher in guten Zeiten
gewöhnlich von Überschüssen des Ergebnishaushalts profitiert. Dies wird in den kom-
menden Jahren nicht möglich sein.

Die im Finanzhaushalt geplanten Aufwendungen für den Erhalt und Sanierungsmaß-
nahmen unserer Infrastruktur sind vielfältig und haben überwiegend eine klar be-
nennbare Ursache, die 50 Jahre zurückreicht:

Im Zuge der Verwaltungsreform 1975 entstand die neue Stadt Oberndorf mit ihren 6
Ortsteilen. Hier wurden erhebliche Investitionen notwendig, um sowohl in der Kern-
stadt als auch in den neu hinzugekommenen Stadtteilen gleichwertige öffentliche
Einrichtungen und leistungsfähige Strukturen zu schaffen.

Beispielhaft seien hier genannt: Neubau des Gymnasiums, die Turn- und Festhalle in
Hochmössingen, die Realschule sowie die Kindergärten in Bochingen und Beffendorf,
aber auch die Neueinrichtung des Werkhofs und der Stadtgärtnerei.

Diese damals geschaffenen, für die Stadtentwicklung unverzichtbaren Gebäude und
Anlagen haben uns über Jahrzehnte gute Dienste geleistet. Doch nach einem halben
Jahrhundert entsprechen viele dieser Einrichtungen weder den heutigen energeti-
schen, bauphysikalischen, gesundheitlichen, noch den funktionellen Anforderungen
heutiger Zeit.

Hinzu kommt – und hier müssen wir uns auch ehrlich machen – dass haushälterisch
zurückhaltende Aufwendungen im laufenden Unterhalt in der Vergangenheit eben-
falls deutliche Spuren hinterlassen haben.

Wir stehen damit aktuell bis mittelfristig vor ähnlichen Herausforderungen wie vor 50
Jahren. Es geht erneut darum, unsere Gesamtstadt zukunftsfähig, leistungsfähig und
auf einem einheitlichen Niveau zu halten.

Mit der anstehenden Sanierung der Kita am Rosenberg und der noch zu treffenden
Entscheidung zum Umgang mit der Kita St. Raphael an der Teckstraße stehen nun
die letzten Schritte an, um im Bereich der Betreuung und frühkindlichen Bildung für
Beruhigung zu sorgen.

Eine ebenso beruhigende Situation wünschen wir dann aber auch den kleinen Nutze-
rinnen und Nutzern, wenn sie in den nächsten Lebensabschnitt eintreten. Hier kön-
nen wir bei allen Grundschulen, neben ausreichenden Platzverhältnissen sowohl
Ganztagesunterricht, als auch angepasste Betreuungsformen nach Schulschluss an-
bieten.

Bei den weiterführenden Schulen haben wir ein wichtiges Zwischenziel erreicht –
mehr aber auch noch nicht.

Nach einer neun Jahre andauernden, inzwischen weitgehend abgeschlossenen Gene-
ralsanierung des Gymnasiums, einschließlich der drei Turnhallen, in die insgesamt
mehr als 10 Millionen € investiert wurden, richtet sich der Blick des Schulverbands
nun konsequenterweise auf die Realschule.

Aus Sicht der Freien Wähler ist eine Sanierung im Bestand und bei laufendem Schul-
betrieb dort mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Eine derart lange Bauzeit,
wie sie beim Gymnasium erforderlich war, erscheint für die Realschule weder

praktikabel noch sinnvoll. Im Ergebnis sehen wir einen Neubau an anderer Stelle als die schnellere und zugleich passendere Lösung an.

Solche Prüfungskriterien sind aus Sicht der Freien Wähler künftig auch bei allen weiteren Sanierungsvorhaben anzustellen.

Gerade bei hochfrequent genutzten Einrichtungen sind notwendige Ersatzmaßnahmen wie Containerlösungen mit erheblichen Kosten verbunden. Außerdem sind die damit einhergehenden funktionalen Einschränkungen den Schülerinnen und Schülern über einen längeren Zeitraum nicht zuzumuten.

Alle geplanten Investitionen werden eine erstmalige Kreditaufnahme in Höhe von 11 Millionen Euro nach sich ziehen. Ein Ende ist auch danach nicht in Sicht. Die Neuverschuldung wird den Handlungsspielraum kommender Jahre sicherlich einschränken.

Der vielleicht hieraus gemachte Vorwurf, dass wir damit Verantwortung auf nachfolgende Generationen verlagern, weisen die Freien Wähler jedoch von sich. Investitionen in den vorgenannten Einrichtungen der Bildung und Betreuung dienen im besonderen Maße unseren jungen Menschen und deren Zukunft.

Ein ebenso sensibler Bereich ist und bleibt unser Wasserwerk im Eigenbetrieb. Infolge erheblicher Personalausfälle bei der Aufbereitung, Speicherung und Verteilung unseres Trinkwassers, wurde nach erfolgloser Suche von fachlichem Ersatz der Betrieb nun komplett von Fachkräften des Kommunaldienstleisters Badenova übernommen.

Die Gefahr, dass die wichtigste Grundlage unserer Daseinsvorsorge zur Gratwanderung wird, ist damit abgewendet.

Mit den bestehend hohen Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten, mittlerweile in Höhe von 7,5 Mio. € reift jedoch ein weiteres Problem heran.

Der Schuldenabbau muss hier konsequent angegangen werden, um das ernstzunehmende Risiko drastischer Gebührenerhöhungen abzuwenden.

Die Freien Wähler haben hierzu vor längerer Zeit den Antrag eingebracht, die hohen Energiekosten in Höhe von jährlich 350.000 € durch den gezielten Einsatz von Photovoltaik deutlich zu senken. Dies wird bis zum heutigen Tag von den Kolleginnen und Kollegen der CDU und SPD leider nicht mitgetragen.

Auch beim Freibad hat sich der städtische Zuschuss für den Betrieb und Unterhalt zwischenzeitlich auf mehr als 400.000 € entwickelt. Auch hier wird sich der Gemeinderat mit Sanierungsplanungen befassen werden müssen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
der vorliegende Haushalt 2026 ist kein bequemes Papier.

Er ist aber ein ehrlicher Kompromiss zwischen dem, was notwendig ist, und dem, was möglich ist.

Er enthält Einschnitte, aber auch Zukunftsinvestitionen.

Er verlangt Disziplin, aber auch Entschlossenheit.

Er ist nicht perfekt – aber er ist verantwortungsvoll.

Die Freien Wähler stehen geschlossen dahinter, weil wir überzeugt sind, dass dieser Haushalt:

- solide finanzpolitische Grundsätze berücksichtigt
- realistische Prioritäten setzt
- bürgerorientiert ausgerichtet ist
- und zukunftsfähige Projekte auf den Weg bringt.

Daher werden die Freien Wähler dem vorliegenden Haushaltplan zustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass die Stadt Oberndorf mit weiterhin soliden Einnahmen und vor allem mit einer neu angepassten Verwaltungs- und Personalstruktur sowohl die sanierungsbedürftige Infrastruktur sichern, als auch notwendige Investitionen in die Zukunft leisten kann.

Wir danken der Verwaltung für die sorgfältige Vorbereitung,
den Mitarbeitenden für ihre engagierte Arbeit
und den Bürgerinnen und Bürgern für Vertrauen, Geduld und Interesse.

Ebenso bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Teilortsgremien für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir in der Kernstadt und in allen Teilorten im Rahmen unseren Möglichkeiten ein Gefühl von Zufriedenheit und Zusammenhalt erzeugen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberndorf, 16.12.2025

Für die FWV-Fraktion
Dieter Rinker